Frühjahr 2016
FCG-Magazin 01/2016 | P.b.b. GZ 10Z038725M
Erscheinungsort Wien | Verlagspostamt 1080 Wien
Österreichische Post AG

vorrangmensch

Magazin der Fraktion Christlicher Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im ÖGB



Schwerpunkte der Ausgabe

- Hofburg: Bundespräsidentenwahl
- Digitalisierung: Arbeitswelt neu
- Mindestsicherung: Anpassung gefordert

FCG

www.fcg.at

© Fotolia.com - Horváth Botond





Wir halten WORT.

göd.fcg

www.goedfcg.at









© Alexander Raths / olly - Fotolia.com, Andi Bruckner


© Andi Bruckner

Dem Terror keine Chance geben!

Dr. Norbert Schnedl
Bundesvorsitzender der FCG
Vizepräsident des ÖGB

Islamistischer Terror hält Europa in Atem. Brüssel, Paris und die vielen feigen Attentate davor mit dutzenden unschuldigen Opfern erfordern eine klare Strategie.

Wir lassen uns unsere offene und freie Gesellschaft nicht wegbomben. Freiheit, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sind zivilisatorische Errungenschaften, die über Jahrhunderte erkämpft wurden. Sie sind die Grundpfeiler unserer Gesellschaft.

Die Terroristen und ihre Hintermänner wollen mit hinterhältigen Mordanschlägen unser Gesellschaftsmodell destabilisieren und vernichten. Mord, Unterdrückung, die Missachtung jeglicher Menschenrechte und sinnlose Zerstörung sind die Methoden der Terroristen, die vorgeben, im Namen des Islams zu handeln. Die Bereitschaft, sich selbst in die Luft zu sprengen macht sie so gefährlich. Was ist zu tun?

Wir müssen unsere staatlichen Sicherheitsstrukturen den neuen Bedrohungsszenarien anpassen. Das bedeutet mehr Ressourcen für die innere und äußere Sicherheit sowie alle anderen staatlichen Leistungen. Wir müssen allen, die bei uns leben klar signalisieren, dass unsere Werte und unser Gesellschaftsmodell zu akzeptieren sind. Wir sind eine offene und tolerante Gesellschaft. Wir können aber nicht tolerant zu den Intoleranten sein, denn sonst gefährden wir die Freiheit und den Rechtsstaat.

Die islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich muss stärker klarmachen, dass diese Terroristen entschieden abgelehnt werden und dass das österreichische Wertefundament und Gesellschaftsmodell voll akzeptiert wird. Ein paar Presseaussendungen sind angesichts dieser Ereignisse wohl zu wenig. Europa muss diesen Bedrohungen geschlossen gegenübertreten.

Wir dürfen dem Terror keine Chance geben!

Am 24. April finden die Bundespräsidentenwahlen statt!

Dazu drei Empfehlungen:

1. **Wählen gehen.** Dass wir die Wahl haben, ist eine demokratische Errungenschaft, die hart erkämpft wurde. Daher – nützen wir unser Wahlrecht!
2. **Verwandte, Freunde und Bekannte** ebenfalls animieren, vom Wahlrecht Gebrauch zu machen. Eine hohe Wahlbeteiligung ist wichtig.
3. **Dr. Andreas Khol** ist Mitglied unserer Gesinnungsgemeinschaft. Er hat uns in der Vergangenheit oft unterstützt. Unterstützen wir jetzt ihn mit unserer Stimme!


© Madleine Alizadeh


© Madleine Alizadeh

Liebe Leserin, lieber Leser!

Ein durchwegs turbulentes Jahr ist vergangen, ein nicht minder turbulentes Jahr liegt vor uns. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können mit dem Ergebnis der Pensionsreform durchwegs zufrieden sein. Doch es ist Vorsicht geboten, dass dieses Thema nach der Bundespräsidentschaftswahl nicht wieder auf der Tagesordnung steht.

So zufriedenstellend das Ergebnis der Pensionsreform ist, so enttäuschend ist der Abbruch der Verhandlungen zum Kinderbetreuungsgeldkonto. Hier wurde das große Ziel, nämlich die weitere Erhöhung der Väterbeteiligung bei der Kinderbetreuung, aus den Augen verloren. Die FCG-Frauen fordern die Ministerinnen auf, die Verhandlungen rasch wieder aufzunehmen.

Ein wichtiges Thema beschäftigt die FCG im Jahr 2016: die Digitalisierung. Eine erste Positionierung dazu finden Sie auf der Homepage www.fcg.at. Wir freuen uns über Feedback dazu.

In diesem Jahr feiern wir auch das Jubiläum „125 Jahre Soziallehre". Gerade in schwierigen Zeiten erweist sich unser Wertefundament, das auf Freiheit, Demokratie und Menschenrechte setzt, als tragfähig.

Wir wünschen viel Freude bei der Lektüre des neuen Magazins!

Andreas Gjecaj Anne Rothleitner

Schwerpunkt Digitalisierung

Wir müssen handeln!

Ende Februar hat die FCG ein Positionspapier zur Digitalisierung beschlossen, das einen ersten Leitfaden darstellen soll. Wir beschäftigen uns nun schon einige Monate mit diesem wichtigen Zukunftsthema und möchten heute die sieben Handlungsfelder vorstellen, die sich aus dem Papier und der umfassenden Diskussion ergeben haben.



Es gibt noch viel zu tun.

1. Digitalisierung muss das Leben aller verbessern und darf nicht ein Geldvermehrungsprogramm für einige wenige sein, die unermesslichen Reichtum anhäufen. Die neuen Techniken und Möglichkeiten wurden ja auch überwiegend von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern entwickelt. Sie sollen zumindest genauso davon profitieren wie die Unternehmerseite.

2. Computerprogramme und Roboter, seien sie auch noch so ausgeklügelt entwickelt, können die Fragen der Ethik und der Werte im Wirtschaftssystem nicht ersetzen. Jedes Wirtschaftssystem und jede Technik muss zum Wohle aller gestaltet sein und allen Menschen dienen und nicht umgekehrt. Das bedeutet, dass der Mensch im Mittelpunkt all dieser Entwicklungen bleiben muss.

3. Auch bei den nun möglich gewordenen neuen Arbeitsformen ist das Konzept der „Guten Arbeit" von zentraler Bedeutung. Insbesondere bei Crowdsourcing und ähnlichen Auftraggeber- und Auftragnehmerbeziehungen sind verbindliche Regelungen durchzusetzen. Es darf zu keiner Prekarisierung breiter Bevölkerungsschichten und insbesondere unserer Jugend kommen!

4. Aus- und Weiterbildung bekommt einen zentralen Stellenwert. Die diesbezüglichen Möglichkeiten sind auszubauen und zu verbessern. Ebenso sind die technischen Voraussetzungen so schnell wie möglich zu schaffen. Dazu gehört der umfassende Breitbandausbau genauso wie die Ausstattung der Schulen mit den besten technischen Hilfsmitteln oder die Schaffung von digitalen alternsgerechten Arbeitsplätzen.

5. Da immer mehr Arbeit von Computern, computergesteuerten Maschinen, Robotern und Softwareprogrammen erledigt wird, ist die verbleibende Arbeitszeit gerecht zu verteilen. Damit muss die Arbeitszeitdiskussion neu geführt werden.

6. Die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme ist auf eine breitere Basis zu stellen. Die derzeit arbeitsplatzbezogene Finanzierung greift zu eng. Es ist auch sicherzustellen, dass außerhalb Europas produzierende Konzerne für Umsätze in Europa ihren Beitrag zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme leisten.

7. Für die Gewerkschaften liegt die große Herausforderung darin, die „freiberuflichen" Anbieter und Anbieterinnen von Leistungen als Mitglieder und Mitgliederinnen zu gewinnen. Die Abgrenzung zwischen Selbstständigkeit, Abhängigkeit von einem Auftraggeber, arbeitnehmerähnliche Verträge usw. ist schwer vorzunehmen. Dennoch müssen diese Personen wirkungsvoll vertreten und vor Ausbeutung und sozialem Abstieg geschützt werden.

Die dargestellten wichtigsten Handlungsfelder sind in einer gesamtgesellschaftlichen Debatte auch auf europäischer Ebene zu diskutieren. Die Zeit drängt und wir brauchen so rasch wie möglich akzeptable Lösungen, die für alle Menschen Verbesserungen bringen. Das Europäische Sozialmodell ist mit Hilfe der Möglichkeiten, die sich durch die Digitalisierung ergeben, abzusichern und auszubauen. Das im FCG-Grundsatzprogramm enthaltene und geforderte Konzept der Ökosozialen Marktwirtschaft gewinnt vor diesem Hintergrund enorm an Bedeutung.

Im Gespräch mit Andreas Khol

Unsichere Zeiten fordern einen Stabilitätsanker

Andreas Khol ist seit vielen Jahren Mitglied der GÖD und auch der FCG. Jetzt kandidiert er für das Amt des Bundespräsidenten. Das FCG-Magazin hat sich mit ihm zu einem Gespräch getroffen.


Foto: © Jakob Glaser

Als FCG ist es für uns besonders wichtig, dass es Gewerkschaften gelingt, viele neue Mitglieder zu gewinnen. Wie sehen Sie die Zukunft der Gewerkschaften?

In unsicheren Zeiten ist es besonders wichtig, Stabilitätsanker zu haben. Der Gewerkschaftsbund ist ein solcher. Der ÖGB ist eine überparteiliche Interessensvertretung, in der auch die FCG eine bedeutende Rolle spielt. Viele soziale Errungenschaften sind dem Einsatz der Kolleginnen und Kollegen aus der FCG zu verdanken. Man denke zum Beispiel an die Abfertigung neu. Die Abfertigung neu wurde hauptsächlich von der FCG erkämpft. Übrigens darf ich Ihnen sagen, dass ich selbst seit Jahrzehnten Mitglied des ÖGB und Mitglied der FCG bin.

Wir sehen die Sozialpartnerschaft als wichtige österreichische Institution. Wie stehen Sie zur Sozialpartnerschaft?

Der soziale Frieden den wir in Österreich haben, bringt uns einen bedeutenden Standortvorteil und das ist in erster Linie den Sozialpartnern zu verdanken. Die Entwicklung Österreichs in der zweiten Republik wurde von den Österreichischen Sozialpartnern wesentlich mitgeprägt. Bei aller Kritik an der Sozialpartnerschaft, dass viele Entscheidungen ausgeklügelt werden oder hinter verschlossenen Türen fallen, ist ihre Bedeutung in unserem Staatsgefüge auch heute noch eine sehr wichtige. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten kommt den Österreichischen Sozialpartnern eine besondere Bedeutung zu.

Unser gemeinsames Wertefundament ist die Christliche Soziallehre. Wie wollen Sie das Amt, auf diesem Wertefundament stehend, ausüben?

Die Christliche Soziallehre, die einerseits auf der katholischen Soziallehre und andererseits auf der evangelischen Sozialethik basiert, prägt unser Menschen- und Gesellschaftsbild. Die drei Säulen der christlichen Soziallehre sind das Personalitätsprinzip, das Subsidiaritätsprinzip und das Solidaritätsprinzip. Ziel der Christlichen Soziallehre ist eine menschenwürdige Gesellschaftsordnung. Die Christliche Soziallehre betont aber auch die individuelle Verantwortung für das Gelingen seines Lebens. Zwar verfügt die katholische Soziallehre über keine Ansätze zur direkten Problemlösung, aber es ergeben sich aus ihr grundlegende Prinzipien, die Konsequenzen für Menschen und Gesellschaft bedeuten und damit auch für mein Amt als Bundespräsident.

Die neue Enzyklika des Papstes „Laudato si" enthält für uns Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter viele Handlungsanweisungen. Was nehmen Sie aus den sozialen und ökologischen Herausforderungen für das Amt mit?

Ich bin Vater von sechs Kindern und habe 15 Enkelkinder. Für mich ist die Bewahrung der Schöpfung daher ein ganz zentraler Punkt meines Handelns und Tuns. Die Welt, in der wir leben, gehört nicht uns, sondern sie gehört unseren Kindern und Kindeskindern. Mit seiner Enzyklika „Laudato si" hält uns Papst Franziskus den Spiegel vor, wenn er feststellt, dass die Menschheit die Umwelt niemals zuvor derart schlecht behandelt hat wie im 19. und 20. Jahrhundert. Die globale Erwärmung sei eine der wichtigsten aktuellen Herausforderungen an die Menschheit. Der Papst geiselt die Dominanz der Wirtschaft, insbesondere der Finanzwirtschaft, gegenüber der Politik und verlangt mehr Verteilungsgerechtigkeit. Wir müssen unser Tun und Handeln wieder danach ausrichten, wie es schon in der Antike gesagt wurde: Quidquid agis, prudenter agas et respice finem – Was auch immer du tust, handle klug und bedenke das Ende.

Danke für das Gespräch!

Schwerpunkt Digitalisierung

Industrie 4.0: Schöne neue Welt?

Die anbrechende 4. industrielle Revolution gewinnt Konturen: Roboter werden Handwerker, Hand- und Kopfarbeiter ersetzen. Computer übernehmen Produktion, Lagerhaltung und Verwaltung.

Auftragsvermittlung ist weltweit grenzenlos im Internet. Die Billigsten werden genommen. Solides Einkommen, soziale Sicherheit und familiäre Zukunft stehen in den Sternen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach dem „Markt". Ist der vergötterte „freie Markt" nur ein Spekulationsobjekt für wenige Begüterte? Sollte er nicht die Versorgung und Existenz der ganzen Gesellschaft sichern – also aller Menschen in einer Region?

Erwerbsarbeit – der soziale Kitt?

Die Bewertung der Erwerbsarbeit ist eine Kernfrage der Marktwirtschaft: Ist sie nur ein gewinnmindernder Kostenfaktor oder ein konstruktives Element des Wertschöpfungsprozesses? Ist sie eine Lebensnotwendigkeit, weil der Mensch sinnvolle und erfüllende Beschäftigung braucht, oder nur ein Geschäft: Lebenskraft und professionelles Können gegen Geld? Ist sie nur eine Notwendigkeit, weil der Markt Konsumenten braucht, die Produkte kaufen können, oder ist sie vielleicht sogar der „Kitt", ein Bindeglied, das alle Einkommensgruppen der Gesellschaft zusammenhält?

In Produktion und Handel, also im Wertschöpfungsprozess, gibt es im Wesentlichen drei Elemente: das Kapital, das professionelle Wissen (Know-how) und die Arbeit. Alle drei Elemente sollen einen ausgewogenen Ertrag bringen. Schon im Mittelalter gibt es daher die Diskussion um den gerechten Preis und den gerechten Lohn.

Tauschgerechtigkeit

Als Grundlage für die (einigermaßen) gerechte Entlohnung der Arbeit gilt – ethisch gesehen – die Tauschgerechtigkeit, ein Begriff, der noch aus der Zeit vor der Geldwirtschaft kommt. Der Kirchenlehrer Augustinus von Hippo († 430) bringt es auf den Nenner. Er sagt: Jedem, was ihm gebührt („suum cuique").

Im Zusammenhang mit der Industrie 4.0 und den angekündigten „neuen Jobs" ergeben sich in Sinn der Tauschgerechtigkeit einige Fragen: Bisher stellten die Unternehmer (Arbeitgeber) den Raum und die Mittel für die Produktion (Kapital, Bauten, Maschinen) zur Verfügung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter brachten ihr professionelles Wissen, ihre berufliche Fertigkeit und Erfahrung ein. Die Entlohnung war Abgeltung für den Arbeitseinsatz. Im Idealfall sollten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter neben ihrem fixen Entgelt auch am Gewinn beteiligt sein. Durch die fixe Anstellung hatten sie auch soziale Sicherheit (Vorsorge für Gesundheit, Unfall, Arbeitslosigkeit und Alter). Der Gewinn des Arbeitgebers war sein Anteil für die Investition der Produktionsmittel (Material, Fabrik, Maschinen) und das unternehmerische Risiko.

Anteil an der Wertschöpfung

Bei der Industrie 4.0 liegen die Dinge oft anders: Die bisherigen Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die übers Internet (oder eine Agentur) ihre Aufträge vergeben, sind nur mehr Auftraggeber und Auftraggeberinnen. Die bisherigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden zu selbständig erwerbstätigen Auftragnehmerinnen und Auftragnehmern. Sie werden z.B. im Stücklohn bezahlt und haben als selbständige Unternehmer keine soziale Absicherung (Gesundheit, Arbeitslosigkeit, Alter).

Außerdem erbringen sie im Fall des Homeoffice, was bisher die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber einbrachten: den klimatisierten Arbeitsraum, die Arbeitsmittel (Arbeitsplatz mit PC, Drucker, Papier) und das Risiko im Fall des Datenverlustes. Aus dem Blickwinkel der Tauschgerechtigkeit müssten sie also ein höheres Entgelt erhalten, weil ihr Materialeinsatz höher ist. Traurige Wahrheit: Sie werden in den meisten Fällen schlechter bezahlt als bisher und haben keine soziale Sicherheit, weil kein Arbeitsverhältnis vorliegt.

Neue gewerkschaftliche Aufgaben

Gewerkschaften und Sozialpolitikerinnen und Sozialpolitiker stehen hier vor neuen und wegen der Globalisierung schwer zu bewältigenden Aufgaben. Bisher gültige nationale Kollektivverträge, Sozialgesetze und arbeitsrechtliche Bestimmungen werden wirkungslos, denn die Auftragsvergabe ist global geworden: grenzüberschreitend im geographischen, aber auch im rechtlichen und ethischen Sinn. Geld zählt mehr als Leben, Ertrag mehr als der Mensch. Dagegen sagen christliche Gewerkschafter und die christliche Soziallehre: Der Mensch ist im Mittelpunkt.



Alfred Zankanella

105. Internationaler Frauentag

Wir haben immer noch viel zu tun!

In den vergangenen 105 Jahren ist im Bereich der Frauenpolitik sehr viel passiert, aber es gibt noch viel zu tun, bis Frauen und Männer in allen Lebensbereichen gelebte Gleichberechtigung erfahren können.

Hier muss noch sehr viel an Überzeugungsarbeit geleistet werden, damit weitere Verbesserungen umgesetzt werden können.



Beim frauenpolitischen Seminar stand der internationale Frauentag im Mittelpunkt.

Gerade in der Diskussion um die Pensionsreform ist immer wieder das Schlagwort „Erhöhung des Frauenpensionsantrittsalters im ASVG-Bereich" aufgetaucht. Hier siegte nach zahlreichen Verhandlungsrunden die Vernunft und es wird wie gesetzlich verankert ab 2024 schrittweise angehoben. Dies ist auch sehr wichtig, denn die Frauen haben eine Perspektive verdient, auf der sie ihre Lebensphasenplanung aufbauen können.

Denn es ist nicht logisch und kaum nachvollziehbar, wie manche Politikerinnen und Politiker und sogenannte Expertinnen und Experten nach Reformen schreien und dadurch nur eines erreichen und das ist: Verunsicherung! Sowohl die Zahlen von Statistik Austria als auch vom Sozialministerium bestätigen, dass das umlagefinanzierte Pensionssystem sicher ist und für Stabilität sorgt. Das kapitalgedeckte System ist hingegen sehr unsicher, wie man auch Zeitungsberichten der letzten Tage entnehmen konnte. Unser wichtigstes Anliegen ist es, dass das gesetzlich verankerte Pensionsversicherungssystem, das auch einen verfassungsrechtlichen Vertrauensschutz beinhaltet, für die Kolleginnen und Kollegen gesichert wird.

Natürlich gibt es im Bereich der Pensionen noch zahlreiche Aspekte, die wir fordern. Unter anderem die bessere Anrechnung von Kindererziehungszeiten. Und gerade diesen Punkt werden wir im parlamentarischen Prozess einbringen und weiter dafür kämpfen.

Allein der Themenkomplex „Pensionen" zeigt, wie viel Arbeit wir noch vor uns haben. Nutzen wir daher den internationalen Frauentag ganz besonders, um über die Erfolge in der Frauenpolitik zu reflektieren, nutzen wir ihn aber auch, um darüber nachzudenken, was wir tun können, um die Gleichberechtigung und Partnerschaftlichkeit in vielen Bereichen weiter voranzutreiben.

Gleichzeitig möchte ich mich bei den vielen Kolleginnen und Kollegen bedanken, die rund um den internationalen Frauentag zahlreiche Aktionen durchführen, um auf die Wichtigkeit der verschiedenen frauenspezifischen Themen aufmerksam zu machen.



Monika Gabriel
Bundesfrauenvorsitzende der FCG



Das Personalvertretungsteam im Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres begrüßte die Frauen mit einem Blumengruß.

Schwerpunkt Digitalisierung

Arbeiten in der „Crowd“

WIE IN DEN VERGANGENEN MAGAZINEN BEREITS ERWÄHNT, bringt die Digitalisierung der Arbeitswelt mehrere Veränderungen mit sich. In diesem Beitrag wollen wir aufzeigen, wie das Phänomen des „crowdworking“, auch „crowdsourcing“ (crowd & outsourcing) genannt, die Arbeitsverhältnisse vieler Menschen verändern wird.

Nicht wenige Menschen weltweit arbeiten bereits heute in der „crowd“ (engl. = Menge), in naher Zukunft wird sich deren Anzahl vervielfachen. „Crowdworking“ ist eine moderne Form der Arbeitsteilung, ihre Besonderheit ist die Unabhängigkeit von Arbeitszeit und -ort sowie ihre global angelegte Natur. Im Grunde bedarf es nicht mehr als einem Laptop und Internetzugang, schon ist der „digitale Jobnomade“ arbeitsbereit.

Crowdworking sieht z.B. so aus: Ein Unternehmen möchte ein Projekt realisieren und benötigt mehrere Arbeitsschritte, für die unterschiedliche Fähigkeiten gefragt sind. Designerinnen und Designer, Programmiererinnen und Programmierer oder Juristinnen und Juristen können einzeln engagiert werden und unabhängig voneinander arbeiten, jeder für sich, zu jeder Uhrzeit, einfach und bequem von zu Hause.

Der große Vorteil besteht in der Zunahme der Flexibilität sowie den Kostenersparnissen, die durch wegfallende Fahrtkosten und Büroarbeitsplätze entstehen.

Diese Entwicklungen haben allerdings weitreichende Folgen für derzeitige Arbeitsverträge, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden zu Auftragnehmerinnen und Auftragnehmern. Unselbstständig Erwerbstätige werden (schein-)selbstständig.

Der Nachteil ist der Wegfall von Fixarbeitsplätzen, die Menschen leben von Auftrag zu Auftrag, unter globalem Konkurrenzdruck sowie in instabilen Arbeitsverhältnissen. Mindestlohn, Kündigungsschutz, Urlaub und soziale Absicherung? – Fehlanzeige. Es handelt sich um eine Gratwanderung mit unklaren Verantwortlichkeiten. Nationale Grenzen verschwimmen zusehends, ob die Arbeit von Menschen in Österreich oder Indien erledigt wird, ist unwichtig. Wichtig ist das Preis-Leistungsverhältnis.

Größere Unternehmen schrecken noch vor „crowdsourcing“ aufgrund ihrer Reputation zurück, doch unter kleineren und mittleren Unternehmen erfreuen sich diese Plattformen aus Kostengründen zunehmender Beliebtheit.

Die größte der rund 2000 Plattformen bietet bereits die Arbeitskraft von über 17 Mio. Menschen an, dies zeigt, dass „crowdworking“ mehr als nur ein Phänomen ist, es ist bereits alltäglich.

Denis Strieder
Generalsekretär der FCG-Jugend

Erfolgreicher Startschuss zur Bildungsoffensive

Bei der FCG Post & Telekom liegt der Hauptfokus im Jahr 2016 auf der Aus- und Weiterbildung von Personalvertreterinnen und Personalvertretern.

Die inhaltlichen Schwerpunkte liegen einerseits in der fachlichen Wissensvermittlung und anderseits in der Persönlichkeitsbildung. Dabei wird die erfolgreiche Kommunikation in Beruf und Alltag in Kombination mit professionellen Verhandlungstechniken praxisnahe trainiert.

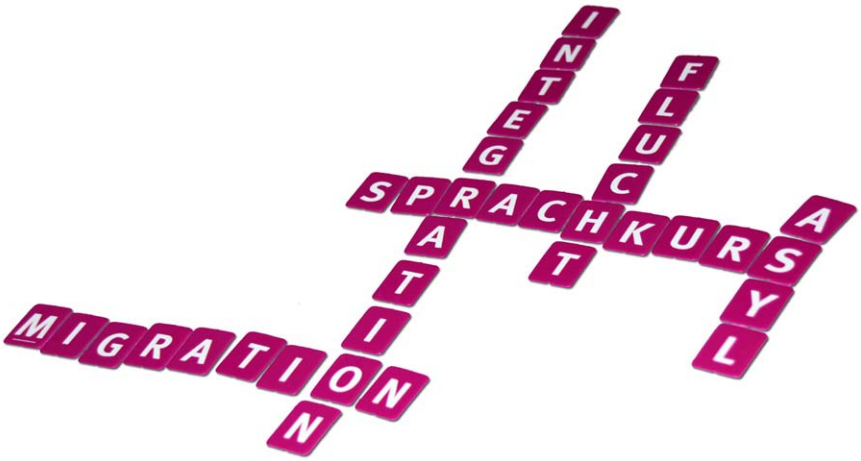
Der Spaß als Teil des Teambildungsprozesses ist natürlich ständiger Begleiter. Neu ist, dass im Zuge der modularen



Ausbildungsreihe ein zielorientierter Coachingprozess die Personalvertreterinnen und Personalvertreter stärkend begleitet. Kursleiter und Trainer Raimund Taschner ist vom hohen Level an Grundmotivation beeindruckt und freut sich, dass sämtliche Seminare bereits jetzt ausgebucht sind.

Zugangsvoraussetzungen für die Mindestsicherung ändern!

EINE REFORM DER MINDESTSICHERUNG IST UNUMGÄNGLICH. Die Zugangsvoraussetzungen sollen so geändert werden, dass eine bedarfsorientierte Mindestsicherung erst nach einer Mindestzeit von drei Jahren aktiv geleisteter Sozialversicherungsbeiträge aufgrund einer Beschäftigung bzw. Selbständigkeit in Österreich greifen kann.



Es soll zu keiner Kürzung der Mindestsicherung kommen, aber wenn eine Person noch nie Beiträge in das österreichische Sozialversicherungssystem geleistet hat, müssen andere Instrumente greifen. Das steigert die Akzeptanz der Mindestsicherung und macht gleichzeitig auch deutlich, dass Sozialsysteme keine Einbahnstraße sind. Damit soll auch eine Systemüberlastung verhindert werden.

Gleichzeitig ist es wichtig, dass die Umsetzung der Transparenzdatenbank endlich vorangetrieben wird, damit Förderungen, Subventionen und Transfers von Bund, Ländern und Gemeinden transparent auf dem Tisch liegen. Erst dann können sinnvoll Schlüsse gezogen werden, ohne Härtefälle entstehen zu lassen.

Für Asylberechtigte fordern die Bundesvorstandsmitglieder der FCG anstelle der Mindestsicherung eine Integrationsunterstützung, die an bestimmte Integrationsleistungen wie z.B. Spracherwerb, Ausbildungen um eine Erwerbsfähigkeit zu erlangen, Akzeptanz der Werte des Gastlandes, Einhaltung sämtlicher Grund- und Freiheitsrechte, usw., geknüpft ist. Nach spätestens drei Jahren soll die Integration so weit erfolgt sein, dass ein Eintritt in den Österreichischen Arbeitsmarkt möglich wird. Bei Integrationsverweigerung bzw. mangelndem Integrationswillen soll nur mehr die Grundversorgung, die derzeit nur für Asylwerber ausbezahlt wird, bis zum Wegfall des Asylgrundes ausbezahlt werden.

Auch bei der Familienbeihilfe fordern die Christgewerkschafterinnen und Christgewerkschafter, dass sich die Leistungen in Zukunft an den Lebenserhaltungskosten jenes Landes orientieren, in dem die Kinder leben.

Norbert Schnedl

125 JAHRE SOZIALLEHRE

DIE GANZE WELT WAR DURCH DIE „INDUSTRIELLE REVOLUTION" im 19. Jahrhundert aus den Fugen geraten. Statt Handwerkern und Bauern gab es damals Millionen von Arbeiterinnen und Arbeitern in den Fabriken, die in den Slums der Vorstädte im Elend lebten. Auf diese soziale Katastrophe reagierte die Kirche im Jahr 1891 mit der ersten Sozialenzyklika „Rerum Novarum – Über die neuen Dinge" und bezog damit eindeutig Stellung für die Rechte der arbeitenden Menschen.

Heute, 125 Jahre später, scheint wieder ein dramatischer Umbruch im Gange zu sein: Durch die Globalisierung sind Wettbewerb und Märkte grenzenlos geworden, mit der zunehmenden Digitalisierung erfahren alle Lebensbereiche eine ungeheure Beschleunigung und bisher ungekannte Veränderungen. Wie hat sich die Soziallehre der Kirche in diesen 125 Jahren entwickelt? Wo stehen wir heute – und welche Prinzipien der Soziallehre geben uns Orientierung bzw. eröffnen uns Optionen für die Gestaltung der Zukunft? Können wir mit konkreten Projekten die Umsetzung von der Lehre zur Praxis darstellen?

Am 2. Juni 2016 wird die FCG in Kooperation mit der Kath. Arbeitnehmer/innen Bewegung und der Kath. Sozialakademie in der Riverbox im „Catamaran" einen Abend veranstalten, wo mit Referent/innen aus Deutschland, der Schweiz und aus Österreich diesen Fragen nachgegangen wird. Auch eine Kunst-Ausstellung zum Thema „Wasser" wird zur kritischen Auseinandersetzung einladen.

Andreas Gjecaj

Freier Sonntag wichtiger denn je!

ANLÄSSLICH DES INTERNATIONALEN TAGES DES FREIEN SONNTAGS am 3. März, warnte die Fraktion Christlicher Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in der GPA-djp (FCG/GPA-djp) einmal mehr davor, den Sonntag mit einem Preiskleber zu versehen.

Günther Trausznitz, Bundesgeschäftsführer der FCG/GPA-djp positionierte sich mit folgender Aussage: „Sonntage haben keinen Preis. Zeit für Familie und Freunde, soziale Kontakte und gesellschaftliches Engagement sind monetär nicht auszugleichen". Bereits in der Vergangenheit machte die FCG/GPA-djp mobil für die Beibehaltung der Sonntagsruhe und setzte sich für die Verankerung des Grundsatzes des arbeitsfreien Sonn- und Feiertages in der Bundesverfassung ein. Denn für die FCG/GPA-djp hat der freie Sonntag einen deutlichen Mehrwert.

Die Wiener Allianz für den freien Sonntag hat sich rund um den 3. März wieder klar gegen die teilweise Sonntagsöffnung bzw. die Zulassung von Tourismuszonen in Wien ausgesprochen. Dass dies nicht nur einen Nachteil für Beschäftigte im Handel, sondern für etliche andere Bereiche der Gesellschaft bedeuten würde, liegt für die Wiener Allianz auf der Hand. Der Allianz ist vor allem der Schutz der betroffenen Kolleginnen und Kollegen ein Anliegen, die durch eine Sonntagsöffnung noch weniger Zeit für ihre sozialen Kontakte hätten. Ein paar Euro an Sonntagszuschlägen seien kein Ersatz für fehlende Gemeinschaft in der Familie, ist Gertraud Wiesinger, Sprecherin der Wiener Sonntagsallianz überzeugt.



Günther Trausznitz und Gertraud Wiesinger im Einsatz für den freien Sonntag.

Allianz für den freien Sonntag

Hoher Besuch in Wien!

Das tunesische Dialog-Quartett wurde vergangenes Jahr mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Im Februar besuchten sie Österreich.



Der Generalsekretär des tunesischen Gewerkschaftsverbandes UGTT, Hussein Abassi, wurde von GÖD-Vorsitzenden Fritz Neugebauer mit dem golden Ehrenzeichen der Gewerkschaft öffentlicher Dienst ausgezeichnet.


© ÖGB/Reimer
Alfred Gajdosik begleitete die Kollegen der tunesischen Gewerkschaft bei einem Austausch im ÖGB.


© BMEIA/ Dragan Tatic
ÖGB-Vizepräsident Norbert Schnedl besuchte gemeinsam mit dem tunesischen Dialog-Quartett Außenminister Sebastian Kurz.

Kollektivvertraglicher Mindestlohn:

Aus Sicht der Gewerkschaften

IM RAHMEN EINES SEMINARS DER WELTORGANISATION DER ARBEITNEHMERINNEN UND ARBEITNEHMER (WOW) und dem Europäischen Zentrum für Arbeitnehmerfragen (EZA) diskutierten rund 50 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus Europa die Vor- und Nachteile eines gesetzlichen Mindestlohns. Die verschiedenen Länder Europas weisen zum Teil sehr unterschiedliche Mindestlohn-Systeme auf. Als eines der wenigen Länder Europas hat Österreich keinen gesetzlichen Mindestlohn. Cornelia Pöttinger, Betriebsratsvorsitzende des Hilfswerk Oberösterreich und Präsidiumsmitglied der FCG/GPA-djp, referierte über die kollektivvertragliche Mindestlohnpolitik in Österreich und legte auch dar, warum dieser Weg für Österreich der Bessere ist! Denn, so auch WOW-Europapräsident Günther Trausznitz: Ein Land mit mehr als 97 Prozent KV-Abdeckung braucht keinen gesetzlichen Mindestlohn. Die Branchen-Kollektivverträge in Österreich ermöglichen es den Sozialpartnern, auf die Besonderheiten und Herausforderungen der jeweiligen Branche Rücksicht zu nehmen. Durch die differenzierte Gestaltung von Mindestlöhnen können wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter viel für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dieses Landes tun und diese Gestaltungsmöglichkeit sollten wir uns als Gewerkschaften jedenfalls behalten.



Cornelia Pöttinger, BR-Vors. vom Hilfswerk OÖ erläuterte die Mindestlohnpolitik in Österreich.



Rekordbeteiligung von 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gab es beim diesjährigen Topseminar für Betriebsrätinnen und Betriebsräte im tief verschneiten Semriach. Als Referentinnen und Referenten sowie Gäste konnte LV Franz Gosch, Generalsekretär Andreas Gjecaj, stv. ÖGB-STMK-Vors. Franz Haberl und Univ. Prov. Beatrix Karl begrüßen. Themen waren Arbeitsrecht, Steuerrecht und Verhandlungstechnik. Als Fachreferenten zeigten Hans Hartinger und Helmut Krivec ihre Stärken.



Gemeinsam mit verschiedenen Kooperationspartnern veranstaltete die FCG-Kärnten in jedem Kärntner Bezirk eine Informationsveranstaltung zur Steuerreform. Zahlreiche Besucherinnen und Besucher informierten sich über die Neuerungen im Steuersystem.



Der Verein Solidarität mit Lateinamerika initiiert und unterstützt gewerkschaftliche Projekte in Südamerika. Heuer wird ein Teil des Erlöses aus dem jährlichen Glühweinstand des Vereins an die Caritas gespendet. 1000 Euro gehen an die Notschlafstelle für Jugendliche in Salzburg. Mit der Spende der christlichen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter werden neue Möbel angeschafft.

GEWINNSPIEL

„Otello darf nicht platzen“ von Ken Ludwig

STARALLÜREN, menschliche Schwächen und nicht zuletzt ein ironischer Blick hinter die Kulissen des Theaterbetriebs sorgen für mitreißende Unterhaltung.

Spielzeit:
5. Juli bis 31. Juli 2016 l 20:30 Uhr
Vorstellungsort:
7332 Schloss Kobersdorf

Kartenservice und Information
Telefon: +43 (0)2682 719 – 8000
Web: www.kobersdorf.at

ÖGB-Mitglieder erhalten im Vorverkauf gegen Vorlage der Mitgliedskarte 10 Prozent Ermäßigung auf jeweils zwei Eintrittskarten an Donnerstagen und Sonntagen.

„Vorrang Mensch“ verlost
2 x 2 Freikarten
für die Vorstellung am Sonntag, den 24. Juli 2016. Schicken Sie uns ein E-Mail an gewinnspiel@fcg.at oder eine ausreichend frankierte Postkarte an FCG-Presse, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien.



EINLADUNG

20. Kramsacher Gespräche

der Hans-Klingler Stiftung für internationale Gewerkschaftssolidarität und der FCG/GPA-djp

Die traditionelle Veranstaltung auf Basis der christlichen Soziallehre setzt sich heuer unter dem Titel **„Laudato Si – Über die Sorge für das gemeinsame Haus”** mit der aktuellen Enzyklika von Papst Franziskus auseinander.

Welche Botschaften und Aufträge beinhaltet die Umweltenzyklika und was bedeutet das für die Gesellschaft, die Politik, die Arbeitswelt, die Gewerkschaft oder die Wirtschaft? Diesen Fragen widmen sich Fachexpertinnen und Fachexperten um gemeinsam mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Antworten zu finden.

Die Kramsacher Gespräche finden am **29. April 2016** (Beginn 11:00 Uhr, Ende 18:00 Uhr) im Businesshotel Kramsacher Hof, Claudiaplatz 9, 6233 Kramsach statt.



Für Rückfragen und Anmeldungen steht Koll. Michael Schediwy-Klusek unter michael.schediwy-klusek@gpa-djp, Tel. 050301 21273 gerne zur Verfügung.



ENDE JÄNNER ERREICHTE UNS DIE TRAURIGE NACHRICHT, dass unser langjähriger burgenländischer Landessekretär **Herbert Müllner** verstorben ist.

Unsere Gedanken sind in dieser schweren Zeit bei der Familie von Kollege Müllner. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

IMPRESSUM

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Zentralverband der christlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Österreichs l Adressverwaltung: FCG-Organisationsbüro, Tel.: 01/401 43-300, E-Mail: borgref@fcg.at l Beide: 1080 Wien, Laudongasse 16 l Web: www.fcg.at l ZVR-Zahl: 938 560 454 l Chefredaktion: Anneliese Rothleitner-Reinisch, MSc

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:
www.fcg.at/impressum